VERBRENNUNG & DEPONIERUNG

Noch wird der größte Teil der Haushaltsabfälle noch nicht recycelt: Rund 52% der sogenannten festen Siedlungsabfälle wurden im Jahr 2017 entsorgt [1], das heißt sie wurden entweder deponiert oder verbrannt (mit oder ohne Energierückgewinnung).

Während sowohl die Vebrennung als auch die Deponierung am unteren Ende der gesetzlich geregelten Abfallhierarchie stehen, ist die Energiegewinnung aus Abfall – d.h. bestimmte Formen der Verbrennung – laut Gesetz der Deponierung vorzuziehen. Diese Priorisierung in der Abfallhierarchie wird oft als Argument genutzt, um die Verbennung von Abfällen zur Energiegewinnung aufzuwerten und damit zu rechtfertigen. Es gehen jedoch mit der Verbrennung wertvolle Ressourcen dem Wirtschaftskreislauf endgültig verloren. Die Energiegewinnung aus Abfall produziert zudem hochkonzentriert giftige Dämpfe und Bodenasche, die noch behandelt oder deponiert werden muss. Der Bau von Verbrennungsanlagen führt außerdem zu Lock-in-Effekten, da die Anlagen mit einer konstanten Menge an Restmüll versorgt werden müssen. Bis zum Erreichen der Gewinnschwelle muss eine Anlage 20 bis 30 Jahre laufen.

Aus Sicht der Kreislaufwirtschaft sind sowohl die Deponierung als auch die Verbrennung ein klares Vesäumnis, Rohstoffe zu erhalten, unsere Abhängigkeit von Importen zu reduzieren und neue Arbeitsplätze und Geschäftsmodelle zu schaffen.

HINTERGRUND

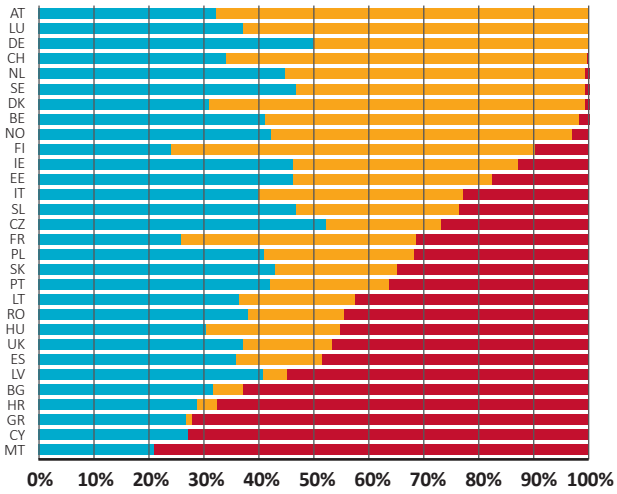
Sowohl die Verbrennung als auch die Deponierung sind in der Gesetzgebung der Europäischen Union geregelt [2]. Die beiden Abfallstufen entwickeln sich jedoch sehr unterschiedlich. Zwischen 2009 und 2013 hat die Verbrennung von festen Siedlungsabfällen noch schneller zugenommen als das Recycling. Die Deponierung ging hingegen stetig zurück. Das bedeutet, dass der Rückgang bei der Deponierung von Abfällen bislang vor allem der Verbrennung und nicht dem Recycling zugute kam [3]. Diese Entwicklung wurde von politischen Entscheidungen noch weiter begünstigt. Im Jahr 2012 haben 20 Mitgliedstaaten eine Deponiesteuer eingeführt, nur 8 Mitgliedstaaten zielten auf die Verbrennung [4]. Die Kosten der Verbrennung wurden damit grundsätzlich niedriger als die der Deponierung, was weitere Anreize für die Verbrennung schaffte. Inzwischen weisen mehrere Berichte auf ein Risiko von Überkapazitäten bei der Verbrennung in Europa hin [5].

Was wir jetzt brauchen, ist eine klare Reduktion der Abfälle, die deponiert oder verbrennt werden - insbesondere der recycelbaren, kompostierbaren und unbehandelten Abfälle.

DATEN UND FAKTEN

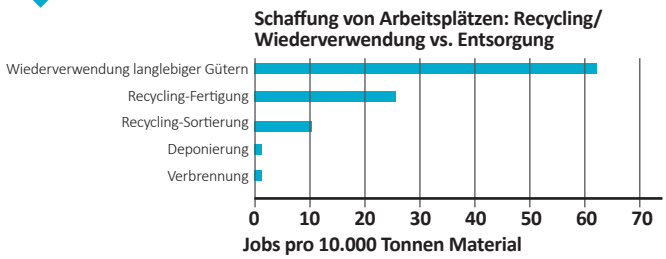
A **Die vorhandenen Entsorgungskapazitäten in Form von Verbrennungsanlagen oder Deponien verhindern Fortschritte im Kunststoffrecycling.**

B **Mehr als 90% der derzeit in Verbrennungsanlagen und Deponien entsorgten Materialien können wiederverwendet, recycelt und kompostiert werden [6].**

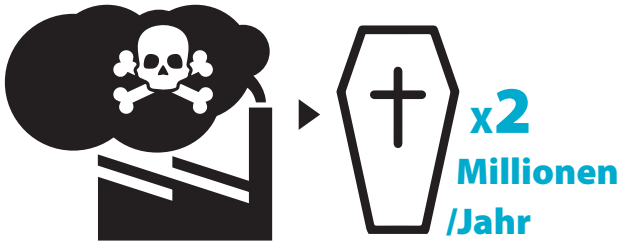


Recycling von Kunststoffverpackungen und Energierückgewinnung nach Ländern 2014
(Bezogen auf Kunststoffabfälle nach dem Verbrauch) *Quelle: Consultic*

C **Wiederverwendung und Recycling schaffen deutlich mehr Arbeitsplätze als Verbrennung und Deponierung [7].**

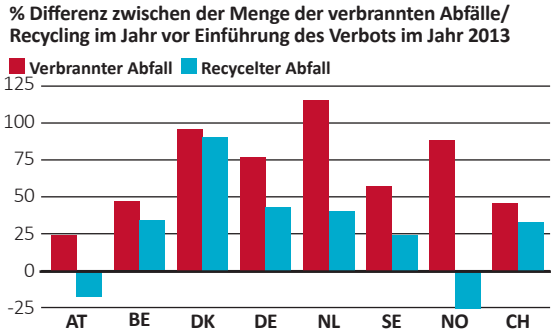


D **Ultrafeine Partikel – einschließlich derjenigen, die in Verbrennungsanlagen produziert werden, wie PCB, Dioxine und Furane, verursachen jährlich schätzungsweise 2 Mio. Todesfälle weltweit [8].**

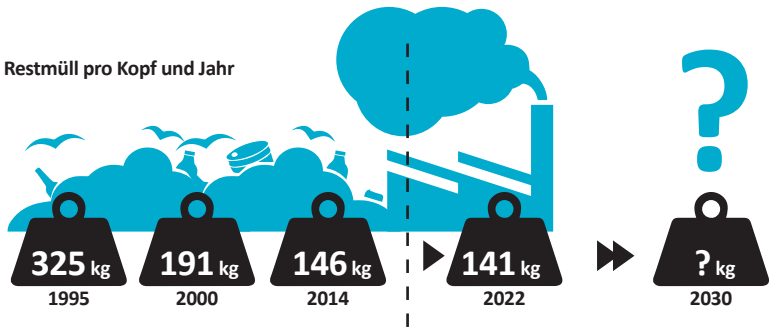


FALLSTUDIEN

Ein Deponieverbot allein reicht nicht aus [9].
In sieben europäischen Ländern wurden Deponieverbote eingeführt. Es gibt deutliche Hinweise, dass solche Maßnahmen eher die Verbrennung und weniger das Recycling fördern. Insbesondere in Fällen, in denen sich Gemeinden vertraglich über ein längeren Zeitraum zur Bereitstellung einer Mindestmenge von Abfällen verpflichtet haben. Gleichzeitig wurde versäumt, Abfallvermeidung und Wiederverwendung durch konkrete Maßnahmen zu fördern. In **Österreich und Norwegen** führten die Deponieverbote sogar zu einem Rückgang der Verwertungsquoten.



Der beste Weg zur Begrenzung der Deponierung und Verbrennung ist, eine Obergrenze für Restmüllmengen zu setzen.
Die **flämische Regierung** hat erfolgreich die Wiederverwendung und das Recycling gefördert, indem Tarife und Gebühren für die Deponierung und Verbrennung erhöht wurden. Gleichzeitig hat Flandern ein Deponie- und Verbrennungsverbot von getrennten Abfallströmen und unsortiertem Abfall eingeführt [10]. Diese Restriktionen führten zu den höchsten Recycling- und Kompostierungsraten in Europa, und zu immer niedrigeren Restmüllmengen [11]. Die Region hat ihr gesetzliches Ziel von maximal 150 kg Restmüll pro Kopf pro Jahr erreicht, das ist das ambitionierteste Ziel in Europa. Das nächste gesetzliche Ziel wurde mit 141 kg Restmüll pro Kopf pro Jahr bis 2022 festgelegt [12]. Maßnahmen wie in Flandern eröffnen Möglichkeiten, die Menge an Restmüll weiter zu reduzieren und damit auch die Mengen, die über Deponien und Verbrennungsanlagen entsorgt werden.



POLITIKEMPFEHLUNGEN

- Einführung eines Verbots für die Deponierung und Verbrennung unbehandelter Abfälle, wobei die Behandlung zumindest die Stabilisierung organischer Abfälle und die Sortierung gemischter Siedlungsabfälle bedeutet. Weiters braucht es ein Verbot für die Deponierung und Verbrennung von recycelbaren und kompostierbaren Abfällen bis 2025
- Festlegung eines Ziels für die maximale Restmüllmenge pro Kopf in abgestufter Form zwischen 2024 und 2035 – mit dem Ziel bis 2035 weniger als 50 kg pro Kopf und Jahr zu erreichen
- Verpflichtung der Mitgliedstaaten, die Steuern auf Deponien und Verbrennungsanlagen im Rahmen des Notifizierungsverfahrens für nationale Abfallbewirtschaftungspläne durch die Europäische Kommission schrittweise zu erhöhen
- Keine EU-Finanzierung für neue Deponien und Verbrennungsanlagen
- Verschärfte BVT-Merkblätter (BVT, "beste verfügbare Techniken") für Deponien und Verbrennungsanlagen
- Sicherstellung eines soliden Einsatzes der BVT im Bereich Abfallbehandlung und Verbrennung und Festlegung strengerer BVT-Merkblätter für Deponien
- Mitgliedstaaten sollen die Energierückgewinnung aus unbehandelten Abfällen nicht als erneuerbare Energie werten dürfen
- Leitlinien für Fernwärme aus mehreren Quellen, insbesondere für die Rückgewinnung von Industriewärme, und keine EU-Mittel für Fernwärme, die sich nur auf Abfälle zur Energieversorgung stützen

Circular Futures
Plattform Kreislaufwirtschaft Österreich
umwelt dachverband
EEB European Environmental Bureau
RepaNet Reparatur Netzwerk
VABÖ Verband Abfallberatung Österreich
Mit Unterstützung von Bund und Europäischer Union
Bundesministerium Nachhaltigkeit und Tourismus
LE 14-20